

the system

Antifa Jugendinfo Hamburg

Nr. 19 Sommer 98 für SchülerInnen kostenlos, ansonsten 50 Pfennich

FIGHT THE NAZIS

...AND THE SYSTEM

IN MACKEN-RODE TOSTEDT UND LEIPZIG

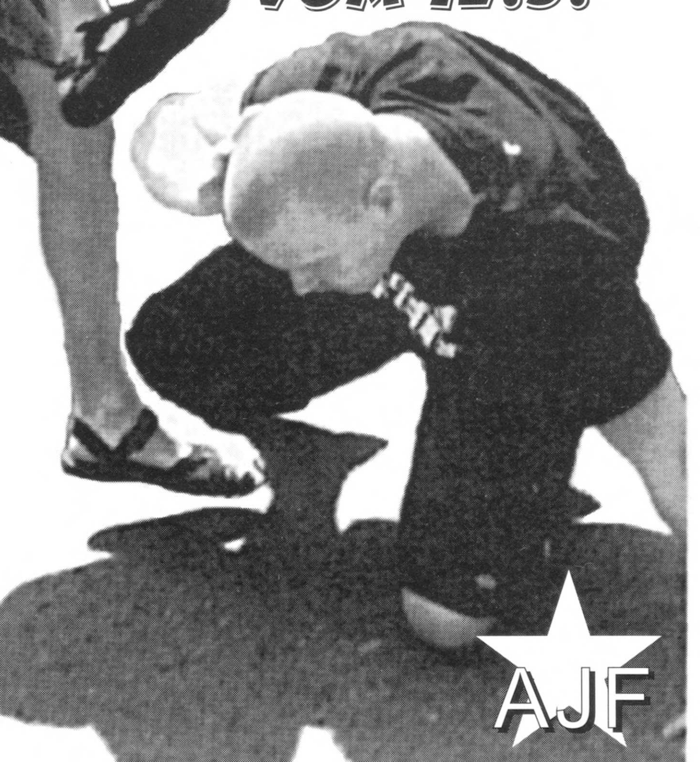
REFLEXIVE KOEDUKATION

ROTE FLORA

DURCH-SUCHUNGEN VOM 12.5.

ABER AUCH MIT KULTUR!

INTERVIEW MIT DEN GRAUEN ZELLEN



Hallo und schönen guten Tag!

Unfaßbar aber wahr: Nach langjährigem Training und stets tapferen Versuchen die „BLOW UP!- the system" zum vorgesehenden Termin raus zu bringen, ist es endlich vollbracht - Ihr haltet sie in Euren Händen!! Daß das gar nicht so einfach war, angesichts dieser ereignisreichen Zeiten, könnt Ihr Euch vielleicht denken und tragt es uns hoffentlich nicht nach, daß wir nicht zu jedem brandaktuellen Thema, wie z.B. dem DVU- Wahlergebnis in Sachsen, 'nen Artikel verfassen konnten. Doch an dieser Stelle wollen auch wir mal dezent mit dem Zaunpfahl winken: Schreibt doch mal was! Wir freuen uns immer endlos über Post aller Art. Verbesserungsvorschläge, kritische Beiträge, mal 'nen Gastartikel oder sonstige Anregungen sind gern gesehen und werden gegebenenfalls (LeserInnenbriefe und Gastartikel) auch abgedruckt. Genauso nötig brauchen wir Eure Unterstützung aber auch in puncto Verteilen, denn so toll das Info auch sein mag, ohne Verbreitung ist der ganze Streß so gut wie umsonst. Kommt doch einfach mal im Schwarzmarkt vorbei (am Besten am Samstag von 12⁰⁰-15⁰⁰ h) und holt Euch welche ab. Kaffee, Tee und jede Menge Infos sowie hippes Antifazubehör gibt´s da auch. So, genug der Appelle und Aufrufe, bis auf daß wir immer Geld zur Finanzierung dieses Blättchens brauchen, ist wohl alles gesagt...

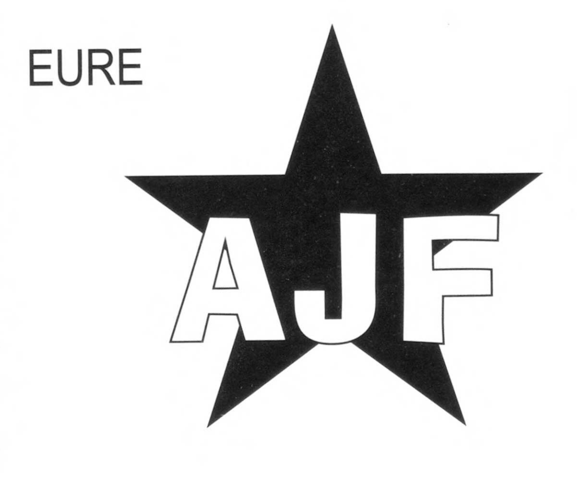
Zu dieser Ausgabe läßt sich eigentlich nur sagen, daß sie noch toller, interessanter und spannender, das Layout noch raffinierter und das Rätsel noch kniffliger ist als je zuvor - überzeugt Euch!! Dieses Mal mit dabei ist ein Statement zur sogenannten reflexiven Koedukation, einem Prinzip, das die Trennung von Buben und Madels in bestimmten Fächern vorsieht und gerade im bildungspolitischen Bereich die Runde macht. Ob es sich dabei um einen Fortschritt oder doch nur mal wieder um den Versuch, systemabhängige Symptome oberflächlich zu bekämpfen, d.h. zu kaschieren, handelt - findet es selbst heraus, einige Argumente unsererseits warten darauf gelesen zu werden. Neben dem Interview mit der Euch vielleicht bekannten Band „Graue Zellen" geht´s sonst mal wieder schwerpunktmäßig um Nazis, z.B. ein Artikel zum 1. Mai in Leipzig. Dort konnten tatsächlich ca. 4000 Faschisten eine Kundgebung abhalten, was immerhin ein Drittel der von ihrer Seite im Vorhinein propagierten Zahl darstellt. Ungestört lief das Ganze natürlich nicht ab und neben etlichen gesmashten Bussen in Leipzig selbst wurden auch löblicherweise im Vorhinein durch nächtliche Buszerstörungen Nazis an der Hinfahrt gehindert - Bravo! Doch auch in Hamburg konnte am 1. Mai abends einigen Nasen (die Spekulationen treffen sich bei ca. 200) begegnet werden, denn die waren zusammen mit 800 Hools zu einem Fußballspiel St. Pauli gegen Lokomotive Leipzig angereist. Gesponsort wurde diese Aktion von der NPD, die in Leipzig Freikarten verteilt hatte. Aus dem gerüchteweise umhergehenden Vorhaben, die Hafenstraße anzugreifen wurde so richtig nix und auch später auf dem Kiez standen Hools und Naziskins wahlweise auf dem Hans-Albert-Platz in nem Bullenkessel oder sind eingefahren worden, was angesichts der 1500 schon etwas trunkenden Pauli-Fans wohl auch besser für sie war.

Neben einem Prozeßinfoar-tikel über Mackenrode und einigen aktuellen Randbe-merkungen zu Bullenrazzien hinter der Roten Flora und zwei verschiedenen Hausdurchsuchung haben wir Euch zu guter oder eher ganz schlechter letzt auch noch von zwei Vorfällen, bei denen AntifaschistInnen an verschiedenen Orten zum Teil sehr schwer verletzt worden sind, zu berichten. In einem Fall handelt es sich um die Faschohochburg Tostedt, die im Zusammenhang mit der Diskussion um akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen vor einiger Zeit ins Rampenlicht gerückt worden ist. Wie berechtigt die Kritik an diesem Konzept ist, zeigt sich leider jetzt mit diesen brutalen Übergriffen. In diesem Sinne: Schlagt die Faschisten wo ihr sie trefft - Die antifaschistische Selbsthilfe organisieren!!

Viel Spaß beim lesen...

INHALT:

EURE



ZWEI SCHRITTE VOR; DER NEUE TRENNT - EINER ZURÜCK

Eine neue Diskussion macht im bildungspolitischen Mob ihre Runde und prompt erregt sie Aufsehen, obwohl es diesmal ausnahmsweise nichts mit Einsparungen zu tun hat.

Die Rede ist von der sog. "reflexiven Koedukation", einem Konzept, nach dem Mädchen und Jungen fein säuberlich getrennt ihre Zeit in den Schulfächern Mathe, Technik, Informatik und in den Naturwissenschaften absitzen sollen.

Die ursprüngliche Idee dieses recht suspekt erscheinenden Vorhabens stammt aus verschiedenen Studienresultaten wie z.B. die vor wenigen Wochen veröffentlichte Untersuchung „Was Sandkastenrocker von Heulsusen lernen können" aus Nordrhein- Westfalen. Dieses belegt durch etliche Strichlistenauswertungen, Videoaufnahmen usw. was für Schülerinnen schon lange nichts Neues ist: Jungen werden im Unterricht häufiger aufgerufen, ihnen wird 2/3 der Aufmerksamkeit gewidmet. Kommt dann mal eine Schülerin zu Wort, wird diese oft von ihren Mitschülern unter dem hinnehmenden Blick der Lehrkraft unterbrochen. Auch halten sich Jungen in technischen Fächern allzu oft für die unübertrefflichen Genies und schwelgen in egozentrischer Selbstüberschätzung während sich Mädchen ohne jedes Selbstbewußtsein für unbegabt abstempeln lassen. Die Folgen sind z.B. ein Mädchenanteil von 40% in den Chemiekursen in der Oberstufe, in Physik sind es sogar höchstens 20%. In Deutsch und Kunst liegt der Anteil hingegen bei 70%[1]. Weiterhin ist das Phänomen, Mädchen als "soziale Puffer" zu behandeln, in LehrerInnenkreisen weit verbreitet. Es sieht so aus, daß die braven stillen Schülerinnen neben kleine stressige Macker gesetzt werden, um diese zu beschäftigen und ruhig zu stellen. Zu guter Letzt wurde wieder das alte Lied bestätigt: Jungen mit guter Leistung werden für aufgeweckt und intelligent gehalten, entsprechend talentierte Mädchen dagegen für fleißig und ordentlich.

Diese Eigenschaften reihen sich genauso spezifisch in das gesellschaftlich vorgegebene Rollenbild ein, wie die Tatsache, daß Mädchen heute oft immer noch schüchtern, zurückhaltend und, wenn's mal ganz hart kommt, kichernd oder das Sensibelchen spielend auftreten. Das dies jedoch die Folgen von anerzogenenen Verhaltensweisen sind und nicht „das Gemüt des weiblichen Wesens seit der Geburt" scheint für die sich ja so fortschrittlich gebenden PädagogInnen und PolitikerInnen kein Thema zu sein. „Buben sind nunmal stürmischer und dominanter...".

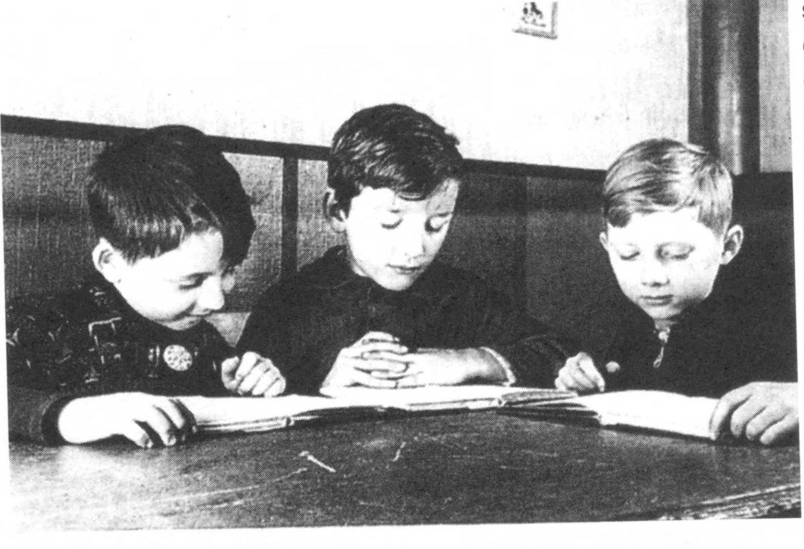
Dennoch fielen die verantwortlichen PolitikerInnen und LehrerInnen bei diesem dann doch etwas ungleichbe rechtigtem Ergebnis aus allen Wolken. Wie konnte es nur passieren, daß nach der Einführung gemischtgeschlechtlicher Klassen Mitte der sechziger Jahre nicht der damals hoch bejubelte Fortschritt in Richtung Emanzipation[2] und sog. Chancengleichheit stattgefunden hat?! Und schon werden Stimmen laut, der ausschließlich gemeinsame Unterricht, die Koedukation, sei einer der größten pädagogischen Irrtümer gewesen. Doch eine Lösung scheint ebenso schnell wie auch billig in sich: Der gute alte Mädchenunterricht, zumindest in den Fächern, wo Mädchen besonders gefördert werden müßten.

Versuche, geschlechtsgetrennten Unterricht an gemischtgeschlechtlichen Schulen einzuführen, gibt es in fast allen Bundesländern seit Jahren, ohne daß es eine breitangelegte Diskussion, v.a. in SchülerInnenkreisen, darüber gegeben



hätte. In Bayern etwa wurde einigen Schulen ein geschlechtspezifisches, „differenziertes" Unterrichtsangebot im naturwissentschaftlichen Bereich genehmigt: Einzige Auflage: Das Angebot muß kostenneutral eingeführt werden. Auch in Berlin gab es eine sechsmonatige Testreihe an 156 Schulen, die offensichtlich auf so positive Resonanz gestoßen ist, daß diese Art der Schulorganisation nun dauerhaft etabliert werden soll. Auch in NRW sollen die Zeiten der „undifferenzierten Koedukation" bald endgültig vorbei sein. Die dementsprechenden Richtlinien für die gymnasiale Oberstufe sowie für die Sekundarstufe 1 der Gesamtschulen sind schon verabschiedet

worden. Im rot- grünen Hessen ist die Möglichkeit der begrenzten Koedukation und damit der Schritt in die schier unbegrenzte „Gleichberechtigung" bereits gesetzlich verankert.
Doch ist mit dem Zauberwort „Geschlechtertrennung" tatsächlich ein Schritt in die richtige Richtung gemacht worden? Können sich die Schülerinnen davon wirklich den dringend notwendigen Fortschritt, sowohl in der Schule als auch im späteren gesellschaftlichen Leben erwarten?
Laut den Testreihenergebnissen, die sich für dieses Konzept der Geschlechtertrennung aussprechen, gewännen Mädchen dadurch zunehmend an Selbstbewußtsein und seien nun eher bereit ein naturwissenschaftliches Studium aufzunehmen. Doch bei dieser durchweg positiven Bewertung werden wesentlichen Gesichtspunkte, welche den emanzipatorischen Wert letztlich in Frage stellen, dezent in den Hintergrund gedrängt.
Zugegebener Weise ist der Gedanke an eine Trennung gerade für Schülerinnen auf den ersten Blick unter Umständen sehr verführerisch: Kein Streß mit nervigem Mackerverhalten, entspanntere Arbeitsatmosphäre und kein geschlechtsspezifischer Leistungsdruck mehr! Die Frage bleibt jedoch, was diese Verbesserung für eine bestimmte Zeit in bestimmten Kursen für Folgen mit sich zieht und ob diese ebenso angenehm und fortschrittlich sind. Denn schon heute ist es eine Tatsache, daß Frauen trotz allgemein besserer Abschlüsse schlechter einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz finden, als Männer. Das lediglische Herausbilden einer besseren Fachkenntnis bei Mädchen würde dieser Tendenz nicht im geringsten entgegenwirken, sondern sie unter Umständen sogar unterstützen, da das „2 zu 1"- Verhältnis[3] damit nur legitimiert wurde. Ganz davon abgesehen wird sich das Rollenbild durch die trennende Maßnahme nicht einen Zentimeter verschieben, geschweige denn aufheben. Den Chauvi in der Uni oder am Ausbil-dungsplatz wird es noch genauso geben und nach einer soften männerfreien Zeit wird es für die Ex-Schülerinnen möglicherweise noch schwieriger sein sich durchzusetzten. In punkto Perspektive greift dieses Konzept also nicht, im Gegen-teil bleibt die Ursache für rollenspezifisches Verhalten im Verborgenen unangetastet. Weiterhin stellen sich noch ganz andere Probleme: Zum einen wird Mädchen mit dieser Vorgehensweise unter den momentanen gesellschaftlichen Umständen einmal mehr suggeriert, daß sie „anders" seien, nämlich schwach und daß sie deshalb isoliert werden müßten. Hierbei spielt es im Endeffekt keine Rolle, ob ihre Defizite in den betreffenden Bereichen Tatsächliche oder nur Vermeintliche sind bzw. als solche bezeichnet werden, denn die Folgen beim ohnehin schon geprägten Selbstverständnis der Mädchen sind die gleichen. Zum anderen bleiben die ebenfalls in diesem Rahmen thematisierten Defizite der Schüler im Diffusen. Ein an sich positiver Ansatz, nämlich nicht nur bei vorhandenen Mankos von Schülerinnen, sondern auch bei denen ihrer Mitschüler, anzugreifen, wird nicht umgesetzt. Dabei könnte gerade dieses Vorgehen dazu beitragen, dem ersten Kritikpunkt entgegen zu wirken und darüber hinaus eine breite Basis zu schaffen, auf der sich gemeinsam mit den verschiedenen Stereotypen in den Köpfen auseinandergesetzt wird. Denn durch alleiniges Aufteilen werden noch keine Rollenmuster hinterfragt, obgleich manche[4] tatsächlich die Position vertreten, der altbekannte Profilierungsdrang vom männlichen Geschlecht würde sich dadurch schnell in Luft auflösen. Ursache für solches Mackerverhalten sind jedoch nicht die anwesenden Schülerinnen, sondern ein Männlichkeitsideal, was von frühster Kindheit in die kleinen Köpfe gehämmert wird.
Den ganzen Trennungsdiskussionen kann nun die Feststellung zweier Wiener Sozialwissenschaftlerinnen Cheryl Benard und Edit Schlaffer entgegengesetzt werden, daß die Koedukation nicht gescheitert, sondern bis heute gar nicht erst verwirklicht worden ist. Nicht wegen, sondern trotz gemeinsamen Unterrichts werden Mädchen immer noch wie „Mädchen" und Jungen wie „Jungen" behandelt. Traditionelle Rollenmuster werden weiterhin eingeübt. Und genau hier müßte tatsächlich angesetzt werden: Rollenmuster in Verhaltensweisen zwischen LehrerInnen und SchülerInnen sowie unter den SchülerInnen müssen endlich durchbrochen werden. Schülerinnen müssen bewußt innerhalb einer gemischten Klasse gestärkt werden. Das beginnt vielleicht tatsächlich mit der Kontrolle, ob Mädchen und Jungen gleichhäufig zu Wort kommen und geht weiter mit vernünftigen Schulbüchern und Lerninhalten. Wie wär's z.B. im Fach Geschich-te, wo die glorreiche Vergangenheit von Männern immer noch das einzige Thema darstellt. Auch GMK, Philosophie usw. sind Bereiche, in denen die Rolle der Frau gestern wie heute thematisiert werden muß. Wenn Schülerinnen lernen, Zurücksetzung und Diskriminierung zu erkennen, um sie dann zu thematisieren und auf eine Veränderung zu bestehen, erst dann wird wirklich ein Stein ins Rollen gebracht. Doch dies würde nicht nur eine massive Kritik am herrschenden Weltbild und damit auch am Unterricht zur Folge haben, sondern würde zudem auch nicht zum Nulltarif eingeführt werden können.



[1]Angaben aus dem Spiegel Nr.12/1998

[2]Da der Begriff „Gleichberechtigung" im allgemeinen Sprachgebrauch derart häufig und an vielen Stellen unpassend verwendet wird, halten wir es für sinnvoll, bewußt das Wort „Emazipation" zu gebrauchen, da damit der Wille nach Freiheit und tatsächlichem Fortschritt verbunden wird.

[3]Frauen müssen für einen gleichbezahlten Job bzw. die gleiche Anerkennung wesentlich mehr an Leistung erbringen als ihre männlichen Kollegen.

[4]bez. einem Kommentar der taz: es gebe „ein paar hübsche Beispiele, daß sich auch Viertklässler ganz normal verhalten können, wenn sie, mangels an anwesenden Nachwuchsschönheiten, mal nicht balzen müssen"

5 Mackenrode PROZESS

Widerstand ist nicht kriminell sondern notwendig

Seit dem 15.4.98 läuft der Prozeß gegen fünf Linke vor dem Göttin-ger Landgericht. Ihnen wird vorgeworfen, bei Ausein-andersetzungen mit Nazis in Mackenrode beteiligt gewesen zu sein.

Was geschah?
Vor dem Haus des damaligen FAP Funktionärs Karl Polacek, der mittlererweile nach Österreich ausgewiesen wurde, kam es am Abend des 26.10.1991 zu einer Spontandemonstration von ungefähr 50 AntifaschistInnen. Der Grund für diese Demonstration war der Geburtstag des Hausherren, zu der sich mehr als 30 Nazis in dem Haus zur Geburtstagsfeier versammelt hatten. Dies war jedoch nicht das erste Treffen in dem Haus. Schon vorher gab es in dort Haus größere Ansammlungen von Nazis. Als diese die Demonstration bemerkten, griffen sie gleich an, worauf es zu einer ca. 20 minütigen Auseinandersetzung kam, in deren Verlauf einige Nazis leicht, und vier schwer verletzt wurden. Nach der Aktion stellten die Bullen, die in der weiteren Umgebung Mackenrodes Straßensperren errichtet hatten, willkürlich die Personalien von 15 Menschen fest, fünf davon sind die oben genannten Angeklagten. Nachdem der Polizei nun 15 Personen bekannt waren, setzten sie ihren Ermittlungsapparat in Gang, der sofort auf Hochtouren lief. Den Faschos, die in Polaceks Haus waren, wurden Lichtbildmappen von wahllosen Personen vorgelegt, auf denen sie die mutmaßigen Beteiligten wiedererkennen sollten. Auf deren Aussagen hin ermittelte die Bullerei dann gegen 40 Menschen. Gegen fünf wurde Anklage wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung und in einem Fall wegen versuchtem Todschlag erhoben. Zuvor hatten die Staatsschüt-zer noch versucht, gegen diese Personen nach § 129a zu ermitteln. In diesem Zusammenhang konstruierten sie, daß die Angeklagten 52 Brandanschlägen im Zeitraum von 1981 bis 1991 verübt hätten. Da es sich bei den Angeklagten aber noch um relativ junge Menschen handelt, wurden die Ermittlungen eingestellt. Denn niemand glaubt, das 3- 6 jährige Kinder Terroristen sind.



Aber zurück zu dem jetzigen Prozeß: Dieser beruht einzig und allein auf den Aussagen der Nazis, die Personen wiedererkannt haben wollen - natürlich trotz der Vermummung - die die DemonstrantInnen trugen. Andere Beweise außer den Aussagen der Nazis gibt es in diesem Prozeß nicht! So sind die Ergebnisse der Untersuchungen der Polizei äußerst mager: Obwohl in Göttingen im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen die Antifa (M) und dem Buchladen Rote Straße, sowie gegen die Demo in Mackenrode mehr als 10 000 Telefonate abgehört und von etlichen Personen die Post durchstöbert wurde, ließen sich daraus keine Beweismittel ziehn. Aufgrund dieser Tatsache wurde der Prozeß gegen den Buchladen und der Antifa (M) 1996 mangels Beweise eingestellt. Nun bleibt den Bullen nur noch dieser Prozeß, um die teuren Ermittlungen zu rechtfertigen. Doch dies könnte kompliziert werden, da die Zeugen, auf deren Aussagen der Prozeß beruht, sich schon in den ersten Verhandlungen in Widersprüche verwickelt haben. Diese Zeugen sind unter anderem:

- Michael Homeister, damaliges Mitglied der FAP, Söldner in Kroatien. Er saß zuletzt in der JVA Wolfenbüttel wegen diverser schwerer Gewaltverbrechen.
- Thorsten Heise, ehemaliger FAP Landesvorsitzender in Niedersachsen. Er war Anfang der '90er an versuchten Naziaufmärschen am 1. Mai in Hannoversch- Münden beteiligt. Nach dem Verbot seiner Partei zog es ihn in den Osten, wo er in Saalfeld die dortige Struktur mit aufbaute. In seiner faschistischen Laufbahn versuchte er einen Flüchtling mit seinem PKW zu überfahren, hinzu kommen Verurteilungen wegen Körperverletzungen.
-Stefan Koller, Zögling von Polacek, war früher Propaganda-

Referent bei der jetzt verbotenen FAP. Auch ist er des öfteren wegen Körperverletzung und Schüssen auf Bullen verurteilt worden. Bekannt ist er auch als „Axt-Schwinger“.

- Stefan Bliesner, war Schatzmeister der FAP Niedersachsen, sowie Mitglied in der ebenfalls verbotenen Wiking Jugend (WJ) und der „Hilfsgemeinschaft Nationaler Gefangener“ (HNG)
- Glenn Goertz war bis zum Verbot der FAP Leiter der Bundesgeschäftsstelle in Halstenbek wo er gleichzeitig das NIT Schleswig Holstein leitete.

Diese Faschos wollen die Antifas erkannt haben, die bei den Auseinandersetzungen vor dem Haus, des Geburtstagskindes Polacek angeblich beteiligt waren. Am Anfang wollte Heise nur eine Brille hinter der Skimaske gesehen haben, so sagte er es zumindest bei der Polizei. Späteren Aussagen zufolge, will er dann schon das ganze Gesicht erkannt haben und zum Schluß behauptete er, daß von einer Vermummung als solcher gar nicht die Rede sein könne.

Der Verdacht, daß es sich hier um ein Komplott handelt, läßt sich schwer beseitigen, denn Heise war auch schon bei den Prozeß gegen die Antifa (M) als Zeuge dabei und hat auch dort vermeintliche Antifas identifiziert. Es ist zu vermuten, daß die BeamtInnen des LKA bei den Vernehmungen der Faschos erheblich geholfen haben, die Aussagen zu präzisieren („War es nicht diese Person?“), so daß es jetzt auf diese fünf Angeklagten hinaus gelaufen ist. Dieses „eine Hand wäscht die andere“-Gehabe ist in Göttingen keine Seltenheit, denn seitdem es in Göttingen und Umland unter anderem durch militante Aktionen (wie z.B. Mackenrode) gelungen ist, das offene Auftreten der Faschisten einzudämmen, kam es immer wieder zu Angriffen gegen AntifaschistInnen von Seiten des Staates. Bei den Ermittlungen halfen die Nazis den Staatschützern mit Informationen und Falschaussagen. Bis jetzt reichten diese Lügen aber noch nicht aus, um einen Prozeß mit einer Verurteilung zu beenden. Ganz im Gegenteil: Alle bisherigen Prozesse wurden eingestellt. Dies ist aber kein Grund das ganze auf die leicht Schulter zu nehmen und dem jetzigen Prozeß gelassen entgegenzusehen. Wir müssen vielmehr unsere Entschlossenheit und Solidarität dem Pakt von Faschisten und Bullen entgegenstellen!







Braunes Tostedt

Am 19.4.98 trafen sich etwa 169 AntifaschistInnen aus verschiedenen Spektren zu einer abendlichen Spontandemon-stration durch Tosted-ter Wohnsiedlungen.

Anlaß dieses späten Zusammentreffens war ein weitere faschistischer Übergriff auf kurdische und deutsche AntifaschistInnen.

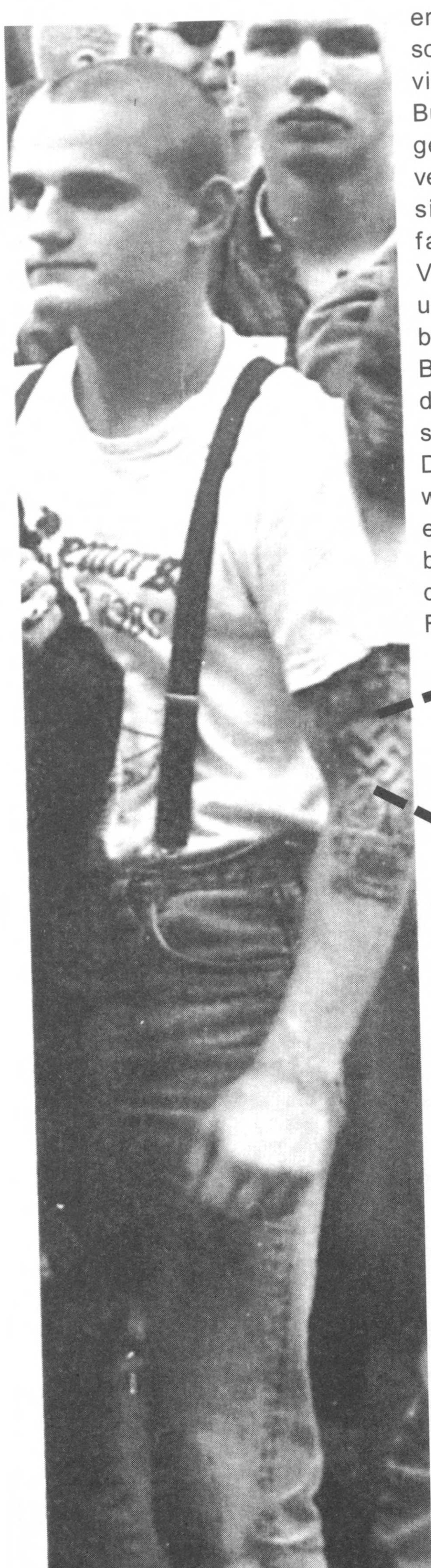
In der Nacht vom 18. auf den 19. April gegen 2^{00}h waren ca. 15 Naziskins auf einer Tostedter Tankstelle, wo sie PassantInnen anpöbelten. Als vier Menschen der prison watch international (pwi) dazu kamen und sich wehrten, war es für die Faschos anscheinend Grund genug um sie mit Schlägen und Tritten zu attackieren. Einer wurde dabei so verletzt, daß er nach einer Notversorgung von seiner Gruppe ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Als sie anschließend um ca. 4^{20}h auf dem Parkplatz vor dem Haus eines pwi- Mitgliedes ankamen, warteten dort bereits acht Neonazis, die sogleich einen Angriff starteten. Als sich die kleine Gruppe in einen Hausflur retten wollte, wurde eine Frau von einem Schlagstock derart getroffen, daß sie eine Schädelfraktur davontrug. Der Notarztwagen brauchte etwa 25 Minuten bis er am Ort des Geschehens eintraf. Die Bullen nahmen währenddessen lässig die Personalien der Opfer auf, ohne sich um die Schwerverletzte zu kümmern, geschweige denn den noch immer herumstehenden Nazis Beachtung zu schenken. Auf den Hinweis, daß die Frau verbluten könne, sagten die Beamten nur trocken, daß der Krankenwagen schon irgendwann komme. Ein von der Polizei dann doch gefaßter Nazi wurde zur Gegenüberstellung in den gleichen Hausflur gebracht, wo sich die vier AntifaschistInnen aufhielten. Er versuchte sich ihnen gewaltsam zu nähern, wurde aber rechtzeitig von zwei AntifaschistInnen zurückgerissen und dann erst von den Bullen mit Handschellen abgeführt.



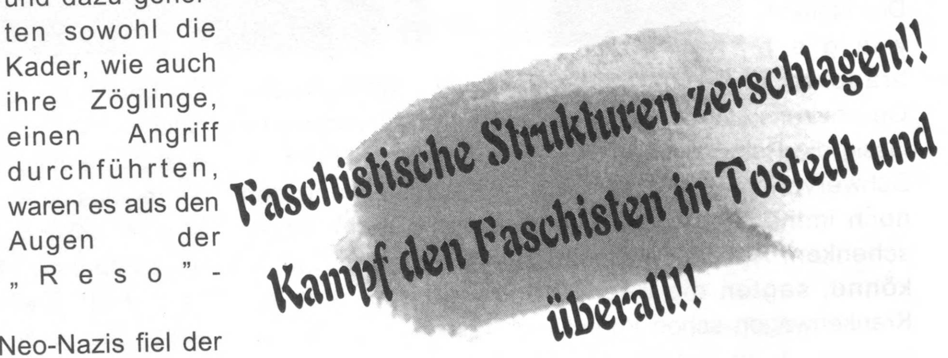
Wurde zunächst nur gegen die Faschisten wegen versuchten Totschlags ermittelt, so leitete die Polizei später bezeichnender Weise auch die gegen vier AntifaschistInnen Ermittlungen wegen Körperverletzung ein.

Dieser Vorfall gliedert sich in eine ganze Reihe von Anschlägen ein, die aus der Toestedter Neo-Nazistruktur heraus geplant und durchgeführt wurden. Und das obwohl seit 1995 die „Resofabrik" Streetworkerarbeit leistet. Allerdings blieb der wünschenswerte Erfolg leider aus. Dies ist wohl darauf zurückzuführen, daß der Geschäftsführer Rutkowski ein „System" für dieses Projekt entwickelt hat, daß auf das lediglich Akzeptieren der Faschos hinausläuft und sonst nichts. Das kritische Hinterfragen faschitischer Ideologie und damit der Versuch, das Problem an der Wurzel anzupacken, blieb als Folge dessen aus. Dafür sind andere zuständig, wie es eine Person der „Resofabrik" so schön formuliert hatte. Stattdessen sind den Nazis Räume zur Verfügung gestellt worden, in denen sie sich wunderbar organisieren konnten. Für Nazi-Kader wie Sascha Bothe, Sebastian Stöber und Christian Hamann war und ist das „Reso-Projekt" ein gefundenes Fressen. So konnten sie in aller Ruhe und ungestört ihren Nachwuchs „produzieren". Bothe war schon Ende der 80er Jahre politisch aktiv und hat alle möglichen Leute in die regionalen Nazistrukturen eingebunden. Er war bzw. ist einer der Hauptfunktionäre der Tostedter Naziszene. Bis zu deren Verbot 1994 war er Mitglied der faschistischen FAP (Freiheitliche Arbeiter Partei) und ist auch in letzter Zeit bei diversen Naziaufmärschen anzutreffen.

Im Gegensatz zu Bothe und anderen Nazi-Kadern, die sich damit rühmten Nationalsozialisten zu sein, erklärte der aus der EX-DDR hinzugezogene Sebastian Stöber,


Sascha Bothe

er sei „nur deutschnational", was vielen Tostedter BürgerInnen entgegenkommt. Er versteht es offensichtlich seine faschistischen Vorstellungen unters Volk zu bringen und die BürgerInnen sind dem auch nicht sehr abgeneigt. Daß die Nachwuchsarbeiten erfolgreich waren bzw. sind, zeigt das Beispiel Florian Rechmann. Erst durch das Streetworkerprojekt knüpfte er Kontakte zu organisierten Neo-Nazis und kommt mittlerweile mit solchen Kadergrößen wie Thomas Wulff und Thorsten de Vries zusammen. Immer wenn die „lieben Kleinen", und dazu gehörten sowohl die Kader, wie auch ihre Zöglinge, einen Angriff durchführten, waren es aus den Augen der „Reso"-ArbeiterInnen stets die Anderen.
Irgendeine Ausrede zugunsten der Neo-Nazis fiel der „Reso" immer ein. Wenn Kritik von der Antifa-Seite aufkam, wurde diese einfach übergangen und ihnen wurde gezielte Falschinformation unterstellt. Oft drehte die „Reso" die Tatsachen auch einfach um und plötzlich wurden aus faschistischen Tätern arme, verwirrte Opfer. Ein Beispiel wie sich die „Resofabrik" Kritik vorstellt, war bei der Fachtagung letzten Jahres zu bemerken. Sie luden nur „eigene" ReferentInnen ein, so daß die ganze Geschichte eher einer großen Eigenlobaktion glich. Die Anmeldungen der lokalen AntifaschistInnen aus Tostedt wurden einfach abgelehnt, Kritik war und ist nicht gefragt.
Im Juni 96 überfielen Nazis das örtliche Jugendzentrum (JuZ), wobei einige Menschen, darunter polnische AustauschschülerInnen, verletzt wurden. Einer der Nazis wurde angeklagt, jedoch mangels Beweise nur zu Landfriedensbruch mit DM 1800,- Geldstrafe verurteilt, obwohl es ZeugInnen dafür gab, die gesehen hatten, daß er mit einer Flasche ins JuZ reinrannte und ohne wieder rauskam. Er hatte mit der besagten Flasche einen der polnischen Jungen schwer verletzt. Nach diesem „Zwischenfall" wurde das Nazihaus und Streetworkerprojekt Handeloh erstmal vorübergehend geschlossen, da diskutiert werden sollte, ob die Sicherheit der „Reso"-ArbeiterInnen noch zu gewährleisten sei. Zwei Wochen später wurde die Hütte allerdings wieder geöffnet. Gleichzeitig stellten sich die Nazis Sascha Bothe, Sebastian Stöber, Ben Polter und Timo Horn zu der Jugendratswahl im JuZ auf. Dabei waren es u.a. diese netten Gesellen, die '96 das Jugendzentrum angegriffen haben und trotzdem sah die Gemeindeverwaltung keinen Grund den Nazis die Teilnahme zu verbieten. Sie begrüßten es sogar, denn dann würden ja nicht mehr nur Jugendliche einer Gruppierung im Jugendrat sitzen. Alle Proteste seitens der Antifa, Bürgerinitiativen und JuZ-BesucherInnen kümmerte die Gemeindeverwaltung wenig. Als die örtlichen Parteien sich wegen zu erwartenden gewalttätigen Ausschreitungen gegen die Jugendratswahl aussprachen, wurden nicht nur die Wahl abgesetzt, sondern die Gemeindeverwaltung setzte den gesamten alten Jugenrat außer Kraft.
Dieses Verhalten, seitens der Gemeinde zeigt mehr als deutlich, wer in Toestedt gewünscht ist und wer nicht. Lassen wir es nicht zu, daß sich vor unserer Haustür faschistische Strukturen etablieren. In diesem Sinne:



Fight back!

Am Samstag den 16.5.98 fand in der Hamburger Innenstadt eine antifaschistische Demonstration mit ca. 300 TeilnehmerInnen statt. Auch in Göttingen und München gingen an diesem Tag aus dem gleichen Grund AntifaschistInnen auf die Straße. Was war passiert? Am vorangegangenen Dienstag, den 12.Mai kam es zu einer bundesweiten Razzia gegen autonome Anti-faschistInnen. Auf Geheiß der Staatsanwaltschaft München und des LKA Bayern wurden insgesamt 36 „Objekte" durchsucht. Zugegebenerweise entbehren diese Durchsuchungen nicht einer gewissen Komik. Alle von den Ermittlungsbehörden Beschuldigten haben lediglich gemeinsam, aus der niederbayrischen Kleinstadtidylle Passau zu kommen. Nachgewiesen werden soll der „Bezug der Beschuldigten zum antifaschistischen Spektrum" (Zitat: Durchsuchungsbescheid des Münchener Ermittlungsrichters). Insbesondere soll die Mitgliedschaft in „Gruppierungen des antifaschistischen Spektrums" belegt werden. Ermittelt wird gegen die 28 Beschuldigten nach §130 (Vorbereitung und Durchführung von Straftaten) sowie nach §129 (Bildung einer kriminellen Vereinigung). Ihnen wird vorgeworfen, im „antifaschistischen Spektrum" in Passau aktiv gewesen zu sein, an Aktionen z.B. gegen den DVU- Parteitag und an Protesten gegen „politische Gegner" teilgenommen sowie sich seit '93 an über hundert „Straftaten" (Landfriedensbruch, Sachbeschädigung und Bedrohung) beteiligt zu haben. Die Beamten des Staatsschutzes sowie der Bereitschaftspolizei kramten und schnüffelten bei Wohn- und Meldeadressen von 39 Personen in Hamburg, Berlin, Nürnberg, Göttingen, Bielefeld, München, Passau sowie Mühldorf am Inn rum. Zudem wurde in Göttingen eine Druckerei und der Buchladen „Rote Straße" durchstöbert. Allein in Hamburg wurden vier Wohnungen in St.Pauli und im Schanzenviertel durchsucht, wobei trotz personenbezogener Durch-suchungsbefehle zusätzlich noch Zimmer von MitbewohnerInnen durchforstet wurden. Die dabei ergatterten „Zufallsfunde" wurden auch gleich miteingesackt. Als sich eine Person diesbezüglich beschwerte, äußerte ein vermutlich exklusiv aus Bayern eingeflogener LKA- Bulle: „Sie wäre nicht die Erste, die wie wir irgendwo hinhängen, da haben Sie einen besseren Überblick." Dieses mehr als uncharmante Verhalten legten auch die Cops in Berlin an den Tag: Hier wurden teilweise Wohnungen mit gezogener Waffe gestürmt sowie Türen eingetreten und das nicht nur bei den betreffenden Wohnungen. Wohl aufgrund von Übereifer drangen die Freunde und Helfer auch in eine falsche Wohnung ein, was bei der dortigen Bewohnerin, einer jungen Mutter zu einem Nervenzusammenbruch führte. Bei den wahren TerroristenInnen konnte sich dann so richtig ausgelassen werden. Jegliche Register des Polizei1x1 wurden da gezogen. So wurden BewohnerInnen halbnackt ans Bett gefesselt, es wurde reichlich mit Sprüchen wie „Rote Fotze" um sich gepöbelt...

Beim Verlassen des Nestes gabs dann einiges zu schleppen, die Razzien hatten sich offensichtlich gelohnt. Umfangreiche Unterlagen, Computer, Disketten, ein „Computerkapel" (Zitat: Durch-suchungsprotokoll), Handys sowie vor allem persönliche Dinge wie Briefe und Tage-bücher[1] ließen die Bullen mitgehen. Zudem wurden mehrere Antifas anschließend erkennungsdienstlich behandelt, andere wurden während der Durchsuchung gefilmt oder fotographiert.

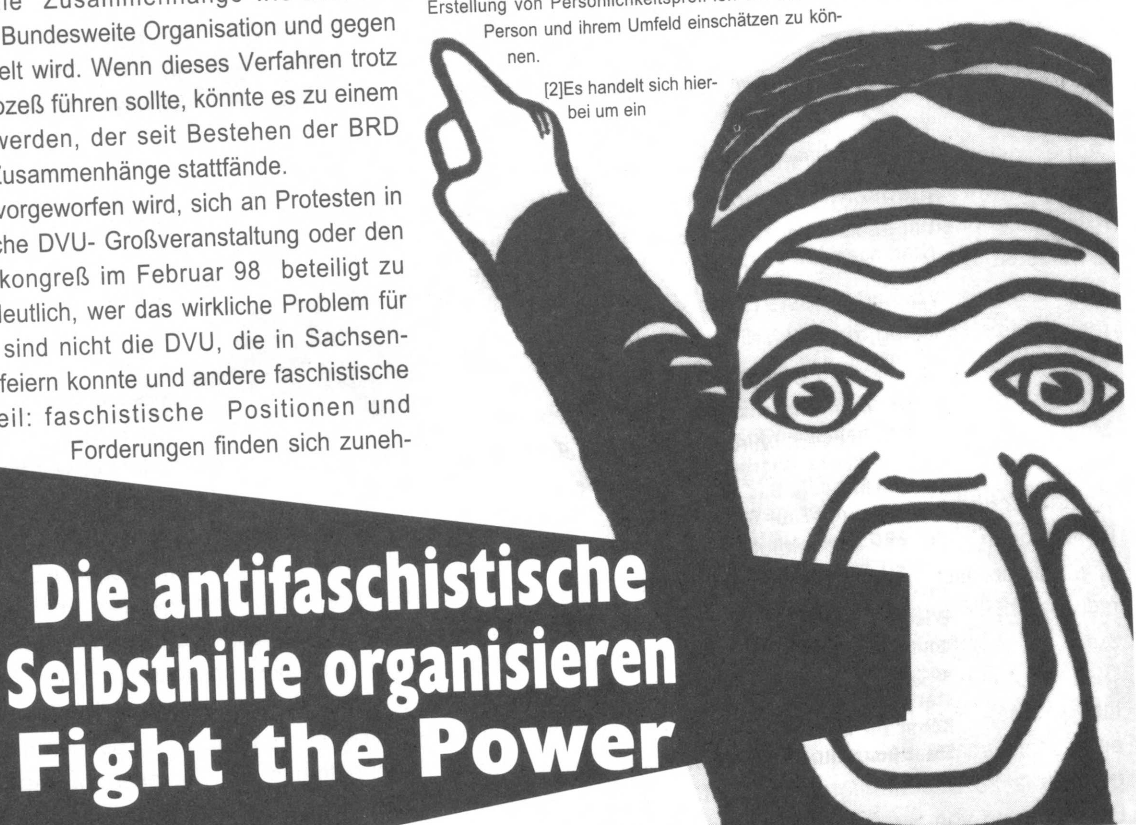
Das Ziel dieser grotesken Aktion liegt auf der Hand: Es geht darum, aktive AntifaschistInnen einzuschüchtern und auszuleuchten. Über das politische Konstrukt der „kriminellen Vereinigung" soll sich Einblick in die Strukturen der jeweiligen Zusammenhänge verschafft werden, bundesweite Verknüpfungen und Kontakte sollen offenge-

legt werden. Die von der Münchener Staatsanwaltschaft zitierten „Querverbindungen zu weiteren autonomen Spektren in anderen Städten" lassen befürchten, daß im Rahmen dieses Sonderrechtsverfah-rens[2] auch fleißig gegen andere antifaschistische und linksradikale Zusammenhänge wie z.B. die Antifaschisti-sche Aktion/ Bundesweite Organisation und gegen die Rote Hilfe e.V. ermittelt wird. Wenn dieses Verfahren trotz seiner Absurdität zum Prozeß führen sollte, könnte es zu einem der größten Prozesse werden, der seit Bestehen der BRD gegen antifaschistische Zusammenhänge stattfände.
Wenn AntifaschistInnen vorgeworfen wird, sich an Protesten in Passau gegen die jährliche DVU- Großveranstaltung oder den jüngsten NPD- Bundeskongreß im Februar 98 beteiligt zu haben, zeigt dies sehr deutlich, wer das wirkliche Problem für den Staat darstellt. Es sind nicht die DVU, die in Sachsen-Anhalt ihren Wahlerfolg feiern konnte und andere faschistische Parteien, im Gegenteil: faschistische Positionen und Forderungen finden sich zunehmend in den Programmen der sog. etablierten Parteien wieder. AntifaschistInnen jedoch, die sich nicht mit moralischen Appellen begnügen, sondern konsequent versuchen dem gesellschaftlichen Rechtsruck mit all seinen Ursachen entgegenzuwirken, sollen kriminalisiert und dadurch gesellschaftlich isoliert werden. Setzten wir diesem weiteren Einschüchterungsversuch unsere Solidarität entgegen.

Herausgegriffen wurden einige, gemeint sind jedoch wir alle!

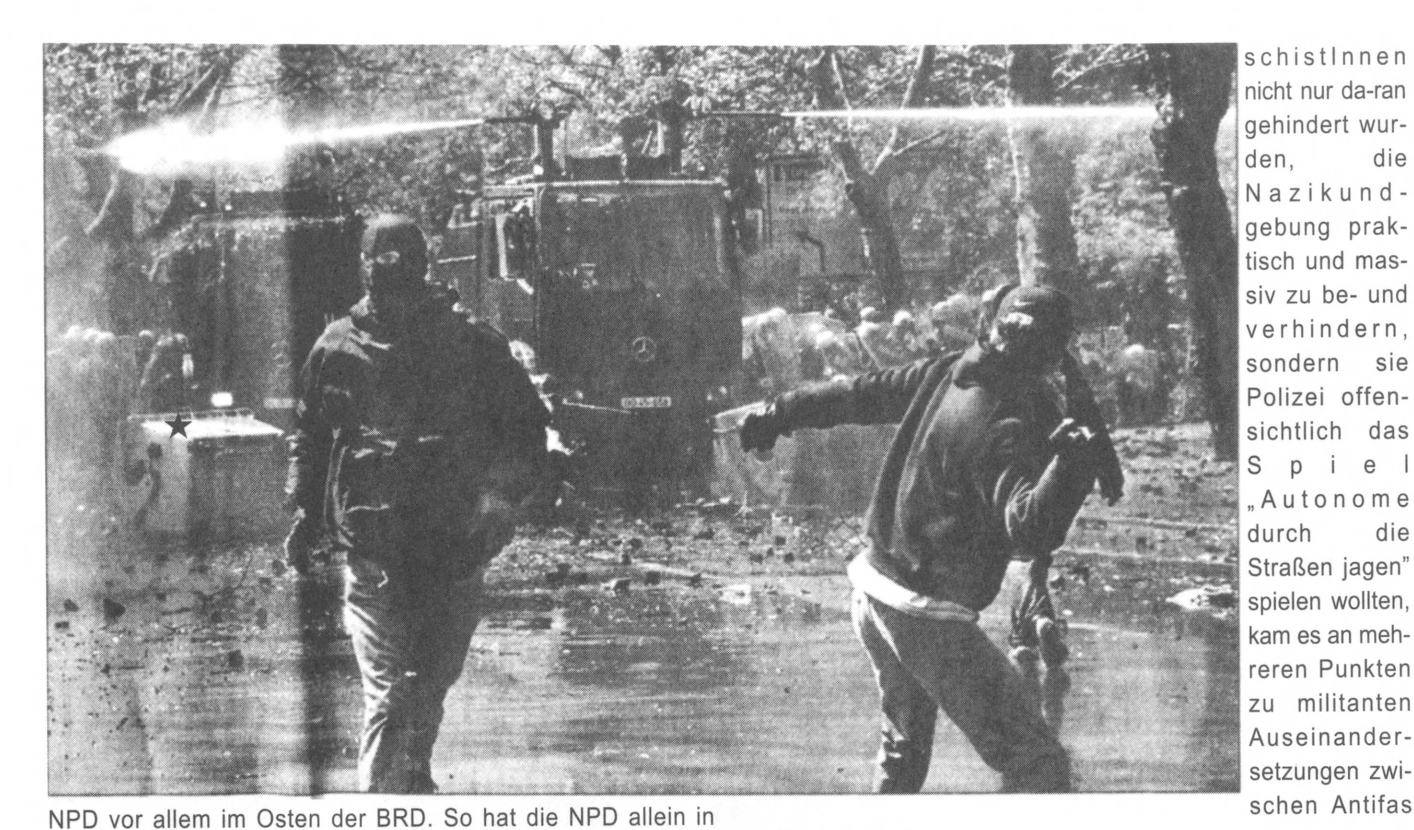
[1]Die Bullen interessieren sich nicht nur für sie verwertbares Beweismaterial, sondern auch private Unterlagen die über die Person als solche Aufschluß geben. Dies dient der Erstellung von Persönlichkeitsprofi-len um Stärken und Schwächen der jeweiligen Person und ihrem Umfeld einschätzen zu kön-nen.

[2]Es handelt sich hierbei um ein Sonderrechtsverfahren, da das LKA Bayern über seinen eigentlichen Arbeitsbereich (Bayern) hinaus agiert.



Fight Fascism

Der 1. Mai: Seit der ArbeiterInnenaufstände 1890 in Chicago ein Tag, an dem jährlich Tausende auf die Straße gehen, um gegen Ausbeutung und für soziale Gerechtigkeit zu demonstrieren. Doch in Deutschland hat dieser Tag noch eine andere Komponente: Als „Tag der Arbeit" wurde er 1933 von den Nazis zum gesetzlichen Feiertag erklärt, einhergehend mit dem Verbot und der Verfolgung der freien Gewerkschaften.
Seit vier Jahren versuchen Faschisten nun genau hier wieder anzuknüpfen. Doch während sie 1995 und '96 mit nur ca. 200-300 Leuten in Berlin aufmarschieren konnten und ein solchen Vorhaben am 1. Mai '97 in Leipzig auf Grund eines Verbotes scheiterte, so daß jeweils ca. 200 Leuten in Hannoversch-Münden und Grimma/Sachsen aufmarschierten, sah der diesjährige 1. Mai doch ein wenig anders aus:
Rund 4000 Nazis konnten am 1. Mai am Leipziger Völkerschlachtdenkmal ihren faschistischen Dreck via Kundgebung ablassen. Vorhergegangen war ein ewiges Hickhack der Behörden und Gerichte bezüglich Verbot oder Genehmigung eines NPD-Aufmarsches durch den Leipziger Stadtteil Stötteritz mit Zwischenkundgebung am Völkerschlachtdenkmal. Schließlich verbot das Bundesverfassungsgericht als letzte Instanz jenen Aufmarsch, genehmigte jedoch am späten Donnerstag abend erwähnte Kundgebung.
So konnte es der NPD nach dem NPD-Aufmarsch in Dresden (1000 Teilnehmende) und den NPD-Parteikongreß in Passau (4000 Teilnehmende) gelingen, eine dreistellige Anzahl von Nazis auf die Straße zu kriegen. Auch wenn diese Zahl weit unter den großmäulig angekündigten 10-15 000 lag, stellt dies trotzdem im Vergleich zu Größenverhältnissen in den Jahren vor 1997 eine neue Dimension dar. Grund dafür ist sicherlich das Erstarken der



NPD vor allem im Osten der BRD. So hat die NPD allein in Sachsen mittlerweile über 1000 Mitglieder, diese zu ca. 70% unter 30 Jahre alt. Und genau so ein Bild bot der Aufmarsch dann auch: Fast durchgängig Bilderbuchnaziskins, bestückt mit unzähligen JN- und NPD-Fahnen und Bannern mit Aufschriften wie „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche", „Wir trauern um Rudolf Hess", „Deutschland ist größer als die BRD" oder „Ostpreußen ist unser". Und das ganze unter dem Schutz eines Polizeiaufgebotes von ca. 6000 Bullen. Nach Reden des sächsischen Landesvorsitzenden Winfried Petzhold sowie dem Bundesvorsitzenden der NPD, Udo Voigt, gab dann noch der Nazibarde Frank Rennicke seine schönsten Hits zum Besten, um dann mit dem gemeinsam gegrölten Deutschlandlied in all seinen beschissenen drei Strophem abzuschließen.

Aber auch antifaschistische Gegenwehr regte sich zahlreich und tatkräftig an diesem Tag. Insgesamt rund 30 000 Menschen beteiligten sich an den verschiedenen Gegenaktivitäten. Begonnen mit einem „Rock gegen Rechts" am abend des 30.4. - mit tollen Promis wie BAP oder den Prinzen - direkt am Völkerschlachtdenk-mal, kam es am 1. Mai zu zahlreichen spontanen und angemeldeten Demonstrationen. Neben der traditionellen 1. Mai Demo und der DGB-Kundgebung in der Innenstadt, befanden sich ca. 7000 AntifaschistInnen im Stadtteil Stötteritz. Zwar konnte es auf Grund des Polizeiaufgebotes nicht gelingen, in großer Anzahl zum Völkerschlachdenkmal durchzudringen, doch wurden diversen kleineren Nazigruppen deutlich gezeit, daß sie an diesem Tag - wie auch an allen anderen Tagen - nichts auf der Straße zu suchen hatten und auch rund ein dutzend Reisebusse der Faschisten werden wohl eine Reparaturwerkstatt konsultiert haben müssen. Gut gemacht!

Ansonsten erinnerte der 1. Mai in den Straßen rund um das Völker-schlachtdenkmal stark an altbekannte Szenarien des 1. Mais in Berlin. Da die AntifaschistInnen nicht nur da-ran gehindert wurden, die Nazikundgebung praktisch und massiv zu be- und verhindern, sondern sie Polizei offensichtlich das Spiel „Autonome durch die Straßen jagen" spielen wollten, kam es an mehreren Punkten zu militanten Auseinandersetzungen zwischen Antifas und Schergen.

Eine Bewertung des 1. Mais fällt zugegebenermaßen schwer. Auf der einen Seite konnten die Nazis öffentlich agieren und gerade durch solche Großveranstaltungen gelingt ihnen ein quantitatives Anwachsen. So verlautbarte die NPD z. B. nach dem Parteikongreß in Passau, daß danach in Sachsen täglich durchschnittlich zwei neue Mitgliedbeitritte in Haus flatterten. Ob das nun wirklich so stimmt oder nicht - Fakt ist, daß die NPD ein großes Interesse an solchen Veranstaltungen hat, um dadurch für ihr Klientel an Fazination zu gewinnen. Genau aus diesem Grund gilt es den Nazis durch antifaschistische Präzenz überall dort, wo sie auftreten den Raum für die Verbreitung ihrer faschistischer und rassistischer Scheiße zu nehmen.

Wie gesagt, ein praktischen Verhindern der Kundgebung konnte

Aufgrund dessen, wie der 1. Mai in Leipzig teilweise abgelaufen ist, wollen wir an dieser Stelle noch eine kleine, aber nicht unerhebliche Anmerkung zum Besten geben:

Das in dem Artikel erwähnte Bullenspiel „Autonome durch die Straße jagen" kann logischerweise nur dann funktionieren, wenn sich die Leute auch jagen lassen. Dabei ist es gerade bei einer nicht übermächtigen Bullenpräsenz nicht nur sinnvoller, sondern auch sicherer, wenn bei loslaufenden Bullen alle Leute stehenbleiben. Welche Handlungsoptionen haben beispielsweise 20 Schergen, wenn sie auf 500 Leute zurennen, die einfach nicht wegrennen wollen?

Klar, nicht jede oder jeder traut es sich zu, in so einer Situation ganz vorne stehenzubleiben. Doch geht es darum, sich selbst einzuschätzen und sich dann gegebenfalls schon vorher eher hinten zu halten. Das ist auch absolut und völlig in Ordnung, schließlich haben wir doch wohl hoffentlich nicht den Anspruch, unbedingt so sein zu müssen wie Rambo.

Erwähntes ist alleine schon aus dem Grund, weil z.B. am 1. Mai etliche Antifas von Antifas umgerannt worden sind und sich dadurch Verletzungen zugezogen haben. Und das muß ja wohl genauso wenig sein, wie Steine und Flaschen aus der fünzigsten Reihe zu schmeißen, die dann nicht das anvisierte Ziel treffen, sondern die Leute aus Reihe 1-5. Auch das kam z.B. am 1. Mai in Leipzig leider mal wieder vor...



der antifaschistischen Seite an diesem Tag nicht gelingen. Auf der anderen Seite gab es massiven und auch entschlossenen Widerstand gegen die Faschisten, wurde antifaschistische Praxis lautstark und vielfältig auf die Straße getragen und gezeigt, daß Nazis auch im Osten nicht alles machen können, was sie wollen. Faschistische Großaufmärsche sind im Gegensatz zu den vergangenen Jahren keine Ausnahme mehr. Deswegen gilt diesem breit etwas entgegenzusetzen, und das in unterschiedlichsten Formen - angfangen bei informierender Öffentlichkeitsarbeit bis hin zum praktischen Verhindern der Einahme öffentlichen Raumes durch Faschisten. Nur wenn diese die Möglichkeit haben ihren nationalistischen, rassistischen, sexistischen und faschistischen Dreck öffentlich zu verbraten, können sie ihre vermeintliche Attraktivität steigern. Hier sei noch angemerkt, daß sich bei der Verhinderung von Nazi- Kundgebungen bzw. Aufmärschen nicht auf Polizei und Justiz verlassen werden sollte - die Erfahrung hat verdeutlicht, daß gerade die Polizei lieber den geregelten Ablauf faschistischer Aktionen gewährleistet, um dafür umso härter gegen AntifaschistInnen, die öffentliche Nazipropaganda nicht hinehmen können und wollen, vorzugehen.

In diesem Sinne:

Den Faschisten entgegentreten - nicht nur in Leipzig, sonden überall!

Schlagt die Faschisten, wenn Ihr sie trefft!!

Nazis auf´s Maul!!!

Verpißt Euch!!!!

Ihr könnt euch außerdem selber Material für Büchertische zusam-

ÜBER DEN 30. APRIL IN BRAUNSCHWEIG...

An diesem besagten Donnerstag fand im Braunschweiger Stadtteil Weststadt ein weiterer faschistischer Überfall statt. Mehrere Nazis, die in einem Auto offensichtlich auf die junge Antifaschistin und ihre Begleiterin gewartet hatten, prügelten brutal auf die Beiden los. Selbst als die Frauen schon am Boden lagen, traten die Faschos mit ihren Springerstiefeln noch weiter auf sie ein. Eine der Betroffenen mußte sofort vom Notarzt ins Krankenhaus gebracht werden, die Andere wurde aufgrund von Nierenblutungen als Folge der Stiefeltritte einen Tag später ins Krankenhaus eingeliefert. In einer Notoperation mußten die Ärzte ihr eine Niere entfernen.

Wie so oft, steht auch dieser Überfall nicht alleine da. Er reiht sich in eine ganze braune Serie von Überfällen in Braunschweig ein. So wurde erst einige Wochen vor dem besagten Vorfall ein Jugendlicher im Bus von Nazis mit einem Messer attackiert. Doch die Alltäglichkeit dieses faschistischen Terrors bekommen meist nur die mit, die direkt davon betroffen sind:
Flüchtlinge, MigrantInnen, angezeckte Jugendliche, Obachlose, aktive Antifas und alle sonstigen Menschen, die nicht ins Weltbild der Nazis passen. In der regionalen Presse hingegen findet sich in der Regel nix über die Angriffe wieder. Auch der aktuelle Übergriff wird sowohl von der Polizei, als auch von den Medien vertuscht. Das genau diese Ignoranz im Sinne der Faschisten ist, läßt keinen Zweifel. Der braune Mob baut darauf und profitiert davon, daß die Masse der Bevölkerung wegsieht und den Mund hält.Nur so können sie ihr Ziel erreichen, Angst zu verbreiten und dafür zu sorgen, daß sich niemand mehr traut, ihnen offen etwas entgegen zu setzen. Aus diesem Grund fand in Braunschweig am Donnerstag, den 7.Mai eine antifaschistische Demonstration sowie eine Kundgebung statt. In dem dazu mobilisierenden Flugblatt von den aufrufenden Gruppen Antifaschistisches Plenum & Jugend Antifa Aktion heißt es: "Es gilt deutlich zu machen, daß man sich eben nicht einschüchtern läßt, sondern gemeinsam aktiv wird und eindeutig Position gegen faschistische Hetze und faschistische Angriffe bezieht,

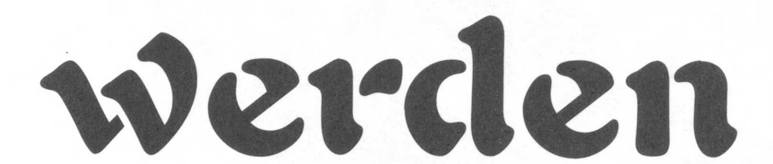
GEMEINSAM GEGEN RASSISMUS UND FASCHISMUS!!!"

Der folgende Artikel ist das aktuelle Flugblatt von der Roten Hilfe & der Initative "Kein Mauklkorb

alle

Die Situation der Häftlinge aus der MRTA (Revolutionäre Bewegung Tupac Amaru) in Peru spitzt sich dramatisch zu – sie befürchten ein Massaker und sind in den kollektiven Hungerstreik getreten. Im gleichen Augenblick verstärkt die Bundesrepublik ihre Bemühungen, den internationalen Sprecher der Organisation, Isaac Velazco, und die MRTA- Menschenrechtsaktivistin Ada Beraun mundtot zu machen. Vergangenen Dienstag, den 5. Mai inszenierte die Bundesanwaltschaft eine neunstündige Durchsuchung der Wohn- und Arbeitsräume des Ehepaars in Hamburg, an deren Ende sie unzählige

Perus politische Gefangene, etwa 5000 Menschen, sind unmenschlichen Haftbedingungen ausgeliefert, die auf ihren langsamen Tod zielen. Die Zellen sind entweder überfüllt oder – in der Isolationshaft – winzig klein. In einigen Gefängnissen sind die Häftlinge rund ums Jahr Temperaturen unter dem Gefrierpunkt ausgesetzt. Viele der in der Isolationshaft gehaltenen Gefangenen werden über Monate und Jahre hinweg in,



teils fensterlose Zellen von sechs Quadratmetern Größe eingesperrt. Das Essen ist oft nicht ausreichend oder ungenießbar. Die Wasserration beträgt zwei Liter täglich pro Person, sie muß zum Trinken, zum Waschen des Körpers und mitunter zum Kochen ausreichen. Es ist eine übliche Strafe, diese Wasserration zu streichen. Folter und Vergewaltigung sind gängige Praxis.

frei

Amnesty International, vom peruanischen Präsidenten Fujimori als „terroristische Organi-sation" bezeichnet, darf nicht in die Gefängnisse. Im Falle der MRTA- Häftlinge wird dies auch dem Internationalem Roten Kreuz verwehrt.

Die etwa 450 Gefangenen aus der Revolutionären Bewegung Tupac Amaru befürchten, daß die peruanische Re-gierung ein Massaker an ihnen plant. Dafür gibt es mehrere Anzeichen:

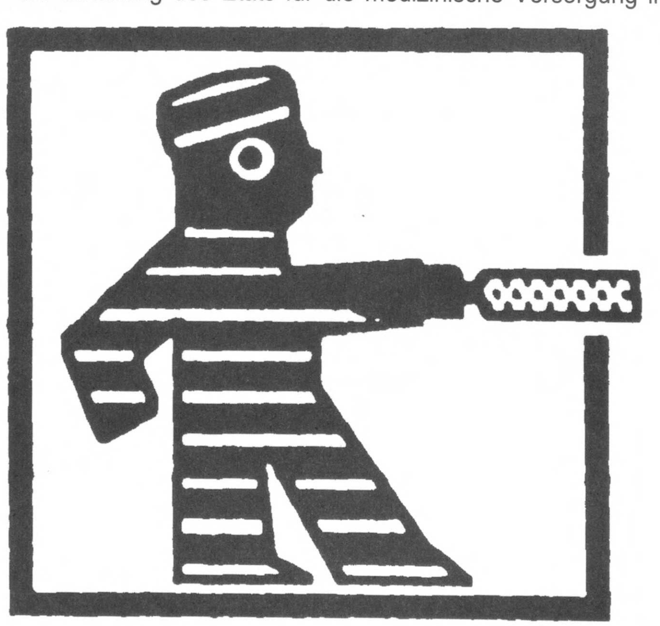
sein!

Während das Fujimori-Regime einerseits seit vergangenem Dezember behauptet, es habe „Erkenntnisse" darüber, daß eine MRTA- Einheit die Erstürmung des berüchtigten Anden- Hochsicherheitsknasts Yanamayo vorbereite, verlegt es andererseits seit Monaten MRTA- Gefangene dorthin. Es besteht die Gefahr, daß der wachsende internationale Druck auf die peruanische Regierung, die schleichende Ermordung ihrer politischen Gefangenen zu beenden einer „schnellen Lösung" führt: Die unter einem Vorwand vollzogenen Liquidation des aufsässigsten Teils der Inhaftierten. Schon 1986, hatte es Massaker an politischen Gefangenen gegeben.

Um die internationale Aufmerksam auf die Gefahr eines Massakers aufmerksam zu machen und um menschenwürdige Haftbedingungen zu erreichen, haben die MRTA-Häftlinge am 22. April einen unbefristeten Hungerstreik begonnen.

Sie fordern:

- die Abschaffung des unmenschlichen Haftstatuts, das die Gefangenen 23 Stunden am Tag in den Zellen hält. Diese Forderung wird von allen Menschenrechtsorganisationen unterstützt
- ein Ende der körperlichen und psychologischen Folter, der Strafzellen und ähnlicher Einrichtungen
- die Rückkehr zu den Quantitäten und Qualitäten an Nahrung, wie sie in den Tagen des Gefängnisbesuches der UN-Kommission (im Januar '98) ausgegeben wurden
- die Verlegung in die Nähe ihrer Heimatorte, damit es ihren Verwandten nicht länger unmöglich ist, wegen der riesigen Entfernungen keine oder nur seltene Besuche zu machen
- die Durchführung neuer Verfahren, die prozessuale Rechte respektieren, mit öffentlicher Verhandlung, unabhängigen Gerichten und einem Recht auf Verteidigung
- die Erhöhung des Etats für die medizinische Versorgung in



den Gefängnissen. Außerdem soll der Gefängniskrankenschwester dauerhaft eine Ärztin bzw. ein Arzt zur Seite gestellt werden.

In den peruanischen Medien wurde über den Hungerstreik bislang nicht berichtet. Der Öffentlichkeitsarbeit des internationalen Sprechers der MRTA, Isaac Velazco, kommt damit umso größere Bedeutung zu. Die Bundesrepublik Deutschland versucht seit langem, diese Arbeit zu verunmöglichen. Schon Mitte des vergangenen Jahres versuchte das Bundesinnenministerium, ein politisches Betätigungsverbot zu erwirken. Die dafür zuständige Hamburger Innenbehörde verhängte ein solches im September, das Verbot ist aber nicht rechtskräftig, da Velazco Widerspruch eingelegt hat. Die Angelegenheit wird irgendwann in näherer Zukunft vorm Verwaltungsgericht verhandelt werden.

Am 5. Mai, der der 14. Tag des Hungerstreiks war, durchsuchte die Bundesanwaltschaft (BAW) in einer groß angelegten Aktion die Wohnung von Isaac Velazco und Ada Beraun. Die beschlagnahmte alle handschriftlichen Unterlagen, sämtliche Disketten und einer Unmenge anderer Materialien. Die Festplatte des Computers wurde kopiert. Der Vorwurf des Durchsuchungsbeschlusses lautet auf „erpresserischen Menschen-raub" und „Geiselnahme" während der Residenzbesetzung in Lima, an der die beiden Aktivisten sich von Hamburg aus beteiligt haben sollen. Für diese absurde Behauptung konnte die BAW nicht einmal Indizien nennen. Eine Information der Nachrichtenagentur AP zufolge bezeichnet die Karlsruher Verfol-gungsbehörde die neusten öffentlichen Stellungsnahmen, die das Ehepaar in den Tagen der Residenzbesetzung abgegeben hat, als Unterstützung von Geiselnahme und Menschenraub. Damit wird die Öffentlichkeitsarbeit, die die beiden politischen Flüchtlinge leisten, zur schwer strafbaren Handlung erklärt. Einige Tage vor der Durchsuchung hatte die Schweiz Isaac Velazco ein Schreiben zugesandt, das ein Einreiseverbot enthielt. Dieses Verbot stammte aus dem Juni 1997 und wurde erst jetzt durch die Zustellung rechtswirksam.

Der zeitliche Zusammenhang mit dem Hungerstreik in Peru macht einmal mehr deutlich, was das Auswärtige Amt schon vor Monaten klar gesagt hat: Die BRD sieht durch die Öffentlichkeitsarbeit Isaac Velazcos ihre außenpolitische Interessen „erheblich gefährdet".

Um gegen den neuerlichen Knebelungsversuch zu protestieren und aus Solidarität mit den Hungerstreikenden in Peru ist Isaac Velazco am 5. Mai in den Hungerstreik getreten. Zu dem Zeitpunkt, an dem wir diesen Text schreiben, ist noch unsicher, an welchen öffentlichen Ort Velazco den Streik wird durchführen können.



Eine Blume für die Floristen

„Es ist ein Unding, die Chaoten von der sogenannten Roten Flora als „Floristen" zu bezeichnen. Das ist eine ganz üble Diskriminierung des Berufsstandes der Floristen." empörte sich Herta im Hamburger Abendblatt nach der Nacht des 13.4., in der Autonome ein Streifenwagen flambierten und anrückende Bullen mit Steinen bewarfen. Herta ist eines dieser vielen guten Beispiele wie zum einen die Medienberichterstattung auf Manipulation ausgelegt ist und wie viele Menschen andererseits unhinterfragt diese Vorurteile übernehmen.
Zu den Hintergründen dieser nächtlichen Geschehnisse: Mit ihrer Vertreibungspolitik hat die Hamburger Polizei die ansässige Drogenszene in St. Georg und im Schanzenpark weitgehend vertrieben, die Szene verlagerte sich größtenteils um die Rote Flora. Verschärft wurde diese Situation noch als der einzige legale Druckraum im Schanzenviertel, der „Fixstern" seine Einrichtungen schloß, um so gegen die personelle Unterbesetzung und Einsparungen zu protestieren. Dieser Protest wurde allerdings von der Gesundheitssenatorin Karin Roth (SPD) unter Zwang beendet. Genauso phantasievoll reagieren die Bullen auf die Drogenszene um die Flora; die Bullen laufen sich jetzt nicht nur im Schanzenpark die Füße platt um dort irgendwelche Menschen zu schikanieren, sondern sie haben ihr Laufgitter auf die Flora ausgedehnt. Offensichtlich haben sie immer noch nicht bemerkt, daß sich das sog. „Drogenproblem" nicht durch Wegsperren und Verjagen lösen läßt, sondern daß zum einen die Ursachen für eine Drogensucht bekämpft werden müssen und daß zum anderen den Folgen einer Drogensucht, dem „soziale Abstieg", entgegengetreten werden muß, damit die Junkies ein menschenwürdiges Leben führen können.
Unter diesen Eindrücken veranstaltete die Flora am 2.4. eine Pressekonferenz, auf der die Situation erörtert werden sollte und sich entsprechende Konzepte gegen das sog. „Drogenproblem" erarbeitet werden konnten. Das Feedback der Presse ging gegen null. Die Bullen hingegen rissen, wohl um die Situation noch ein wenig zu verschärfen, einen Verschlag an der Flora ab, der einen sicht- und wettergeschützten Druck ermöglicht.
Als es dann 12 Tage später ein wenig knallte, war sich selbst die überregionale Presse nicht dafür zu schade, um sich über die „chaotischen Floristen" das Maul zu zerreißen. Dabei wurde auch die Unwahrheit, der Einbruch, zu dem der Streifenwagen kam, sei eine Falle „der" Autonomen gewesen, verbreitet.
Eines dieser Resultate ist Herta aus Hamburg, schade Herta!

Impressum

Die BLOW UP the system! versteht sich als Publikation im Sinne des Presserechtes. Verantwortlich zeichnet sich jetzt unsere neueste Genossin Philipa Schultze.
Die BLOW UP the system! erscheint mit einer Auflage von 3000 Stück und wird von charmanten, blendend aussehenden jungen Leuten vor Schulen und anderswo verteilt. Dafür an dieser Stelle schönen Dank und der Hinweis, daß diese Personen mit dem Inhalt nichts zu tun haben. Die BLOW UP the system! samt ihrem oben angeführtem V.i.S.d.P. ist unter folgendert Adresse zu erreichen:

Antifa Jugendfront
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

INTERVIEW

GRAUE ZELLEN

?: Wie kam es zu Eurer Gründung?

!:Wir kommen ursprünglich alle aus der Gegend um Schleswig, kannten uns von Punk-Konzerten, Partys und Demos und waren eh alle punkmäßig unterwegs. Kai (Schlagzeug) und Knuth (Gitarre) gaben dann den Anstoß zur Gründung der Band. Mich haben sie gefragt, ob ich singen will, T.R. hat sich einen Baß geklaut und los gings. Seitdem spielen wir in der selben Besetzung.

?:Was für Musik macht Ihr?

!:Triphop mit plattdeutschen Texten. Inspiriert von Ernst Busch, The Teens, alten Ska-Sachen und Kiss hat sich der Stil im Laufe der Jahre immer wieder geändert, schwer zu sagen also, was für Musik wir machen. Tanzbaren ArbeiterInnen-Rock? Rebellischen Teenager-Soul? Hört Euch am besten unsere neue LP/CD „nichts bleibt stehen" an oder kommt am 5.6. in die Rote Flora und macht Euch ein eigenes Bild.

?: Bezeichnet Ihr Euch als politische Band?

!:Als Punk-Band, die ganz klar in einem Background verwurzelt ist, der von selbstverwalteten Zentren, einer antifaschistischen Kultur und der Ablehnung der herrschenden Verhältnisse geprägt ist, sind wir natürlich eine Band, die deutlich politische Positionen bezieht, insofern auch eine politische Band. GRAUE ZELLENspielen aus Überzeugung z.B. auf Antifa-Soli-Gigs, unterstützen Flüchtlinge und sind auf jeden Fall Teil einer radikalen, linken Widerstands-Kultur. Dies verdeutlicht ebenso die Beiträge zu Benifit-CDs wie z.B. die Mumia-Soli-Sampler oder der „1. Mai - Zusammen kämpfen!"-CD der Antifaschistischen Aktion Berlin. Wir haben nur keinen Bock darauf, quasi auf den Satus einer „Polit-Band" reduziert zu werden. Wir machen die Musik eben auch, weil Musik machen genial ist und weil es Spaß macht, weil es geil ist, auf Konzerte gemeinsam mit Leuten abzutanzen und zu feiern.

?: Wie entstehen Eure Texte und wovon handeln diese?

!:In erster Linie schreibe ich (Jan) die Texte, wobei diese aber immer in der ganzen Band diskutiert werden. Die Texte beschäftigen sich mit politischen **und** sehr persönlichen Themen, wobei sich das z.T. nur schwer trennen läßt. Auf jeden Fall haben die Texte immer unmittelbar mit Dingen zu tun, die uns konkret beschäftigen. Sei es nun auf der einen Seite irgendwelche Beziehungsthemen oder Alltagskram oder eben auf der anderen Seite unser Haß auf die 4000 Faschistenschweine, die am 1. Mai in Leipzig aufmarschiert sind.
In die Texte fließt eben alles ein, was unser Leben konkret bestimmt: der Song „7 Jahre" beschäftigt sich z.B. mit dem Frust darüber, daß in unserer verschlafenen jedoch liebenswerten Kleinstadt Rendsburg, eigentlich nichts mehr passiert, die „Szene" so gut wie tot ist und wir uns fragen, ob wir eigentlich nur aus Bequemlichkeit hier rumhängen. „Dach" dagegen schreit die Lust auf das Leben mit all seinen Facetten nur so raus. „Scheißjahrzehnt" stellt u.a. fest, daß die einzige Armee-Fraktion die es noch gibt, braun ist, und daß beschissenerweise den meisten Leuten kackegal ist, hauptsache sie können in Ruhe abfeiern. Ein Song wie „Keine Frage" dagegen bezieht die Position, daß im Kampf gegen Faschisten jede Waffe legitim ist. Dies nur, um einige Beispiele zu nennen!

?: Was denkt Ihr über Kommerzmusik?

!:Die erste Frage ist, was ist Kommerzmusik? Sind damit Radio HH-kompatible Einlull-Nummern gemeint oder geht es prinzipiell um die Möglichkeit, mit Musik Geld zu verdienen. Klar finden wir den Maistream-Scheiß, der an jeder Ecke läuft und die Massen einfach nur ruhighalten und einschläfern soll, beschissen. Grundsätzlich halten wir es jedoch für legitim, wenn Leute ihren Lebensunterhalt mit Musik bestreiten und nicht irgendwelche Kackjobs machen müssen, es kommt letzlich nur darauf an, wie es abläuft. Wenn die Eintrittspreise zu Konzerten OK sind, die Platten und das ganze andere Zeug weiterhin zu korrekten Preisen zu haben sind, finden wir es schon legitim, wenn ne Band auch mal ne Mark verdient. Das ist für uns kein Kommerz. Wobei klar sein sollte, daß wir Major eh scheiße finden.

?: Seid Ihr zufrieden mit Eurer neuen Scheibe „nichts bleibt stehen"?

!:Auf jeden Fall. Wir haben im Soundgarden-Studio mit Christian Mevs (ex-Angeschissen; ex-Slime) aufgenommen und der hat uns einen Sound erarbeitet, den wir richtig geil finden. Die Scheibe ist - musikalisch als auch textlich - sehr direkt geworden. Sie ist an den richtigen Stellen aggressiv und rotzig, läßt aber trotzdem stets genug Platz für Melodie und Eingängigkeit.

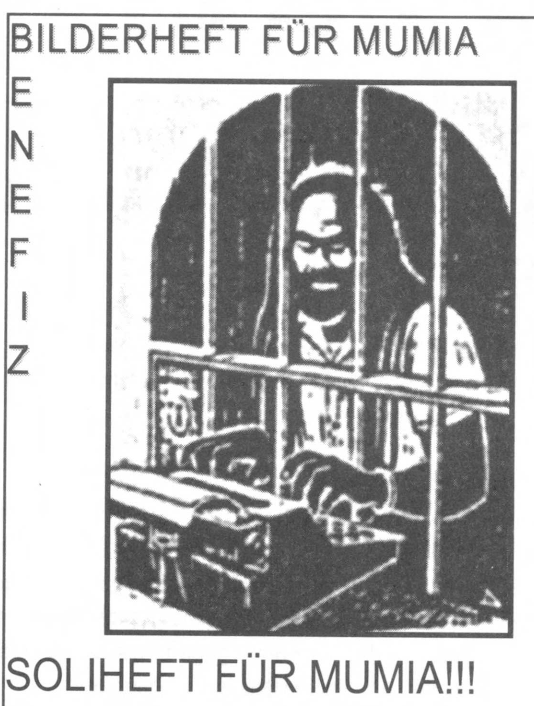
?: Final words?

!:In beschissenen, reaktionären Zeiten das Maul aufreißen, kämpfen und Standpunkte beziehen und dabei trotzdem nicht den Spaß verlieren! Das wär doch schon mal was!

Die Antifa Jugendfront bedankt sich für das Interview!

BILDERHEFT FÜR MUMIA

BENEFIZ



SOLIHEFT FÜR MUMIA!!!
PREIS: 5dm= SPENDE
bestelladresse:

"M.A.-J. SOLI"
c/o A.B.W.!
KUGELTIMPEN
48431 RHEINE
GERMANY



ABonniert die BLOW UP the system

Hip sein, informiert sein, Spass haben... Wie?
15,- bzw. 40,- DM in Bar oder einen Barscheck eintüten, Vier- Ausgaben- oder Jahres- ABO ordern, sich entweder über vier Blow up's oder über alles, was wir in die Hände kriegen freuen. Frei Haus und unverbindlich. Danke sehr!

✂--

Ja! Auch ich will hip sein, informiert werden und Spaß haben!
Deshalb bestelle ich [ ] ein Vier- Ausgaben- ABO 15,-DM
[ ] ein Jahres- ABO 40,-DM

Name:______________________________

Straße:____________________________

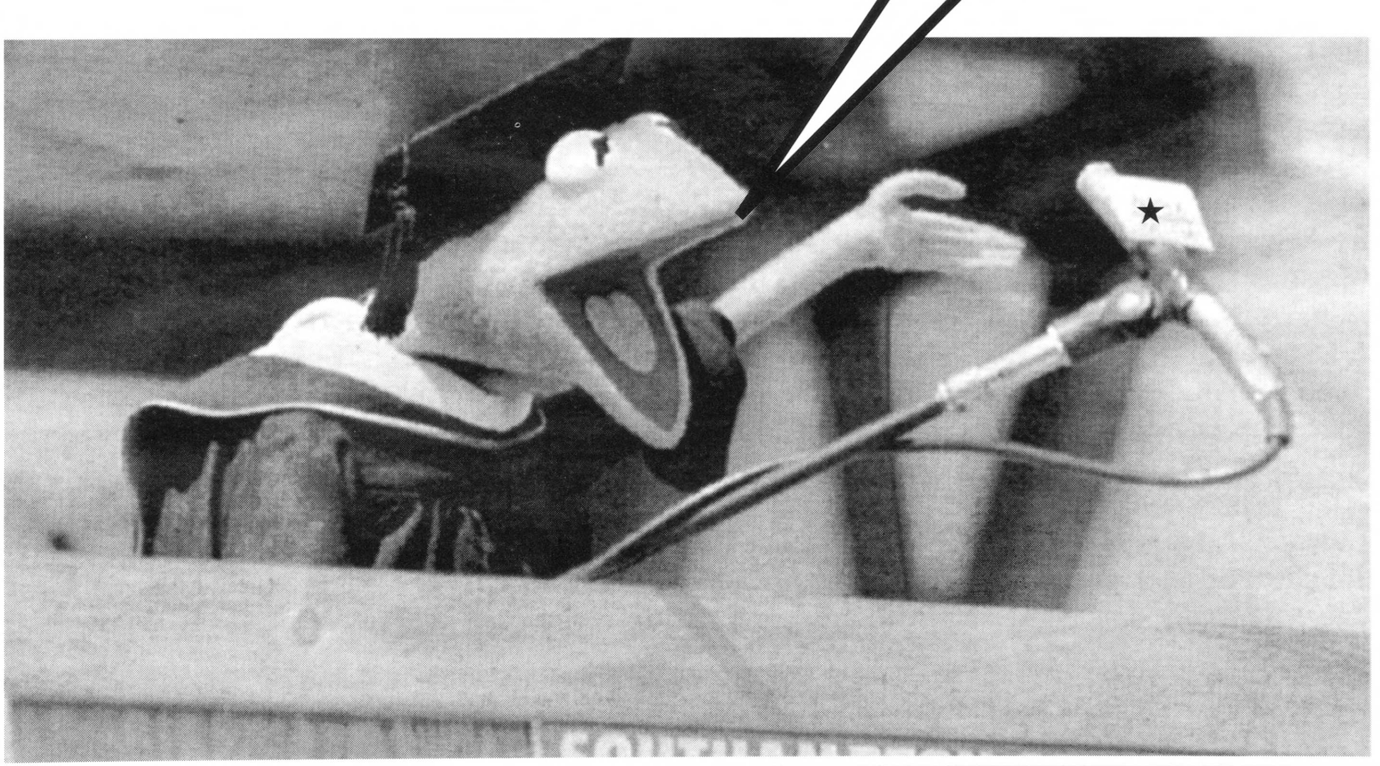
Ort:_______________________________

unsere Adresse: Antifa Jugendfront HH; c/o Schwarzmarkt;
Kleiner Schäferkamp 46; 20357 Hamburg

Und jetzt wie immer: MEGAFUN UND TOLLE PREISE

Einfach die
BLOW UP the system!
noch einmal genau durchlesen und alle
schwarzen ★ die Ihr finden könnt zusammen-
zählen. Anschließend die Lösung auf eine Postkarte o.ä.
schreiben und uns bis zum 15.7. zukommen lassen
(die Adresse findet Ihr im Impressum), ansonsten könnt
Ihr leider leider nicht an der Verlosung teilnehmen. Und
das bei den Preisen!

1.- 2. Preis: Veganes Grillen im Stadtpark
3. Preis: ein No- Nazis- T-Shirt
4.- 6. Preis: je 1 ABO der BLOW UP!- the system
7.-10. Preis:je 1 Metall Button oder Stern
zu allen Preisen gibt es je 1 Feuerzeug!



Seht doch endlich folgendes ein:
wenn die GEWALT
heute abend begonnen hätte,
wenn es auf der Erde niemals
AUSBEUTUNG
noch Unterdrückung gegeben hätte,
dann könnte die demonstrative
GEWALTLOSIGKEIT
vielleicht den Streit besänftigen.

Aber wenn das ganze System bis zu
eurem
gewaltlosen Gedanken von einer
tausendjährigen Unterdrückung
bedingt ist, dann dient eure
PASSIVITÄT nur dazu,
euch auf die Seite
der Unterdrücker zu treiben.

Jean- Paul Sartre